

Versprechen brechen, Profit machen

Am 24. März 1996 barst ein Zementstopfen auf dem Grund einer Abraumgrube in der Marcopper Mine auf Marinduque Island auf den Zentralphilippinen. Giftige Abfälle ergossen sich in den nahe gelegenen Boac River. Das Leck konnte erst nach Monaten geschlossen werden, nachdem schätzungsweise vier Millionen Tonnen grauer, breiiger Abraummasse das Flussbett gefüllt und ausgedehnte Überschwemmungen sowie Schäden an Grund und Boden und Reisfeldern verursacht hatten. Fünf Dörfer mussten evakuiert werden, wobei laut einem UN-Bericht insgesamt rund 20.000 Dorfbewohner, die entlang des Flusses und an seiner Mündung lebten, betroffen waren.

**Geoff Nettleton,
Andy Whitmore und
Jonathan Glennier**

Noch heute sind Flussbett und Mündungsgebiet voll von Abfallstoffen, und die Metalle im Schlamm entwickeln Säuren. Die lokale Wirtschaft und Ökologie sind verwüstet worden.

Das Unglück von 1996 war jedoch bei Weitem nicht das einzige, das die Menschen von Marinduque heimgesucht hat. Seit ihrer Öffnung im Jahre 1969 hat die Marcopper Mine die Umwelt unaufhörlich verschmutzt. Über einen Zeitraum von zirka 20 Jahren bis 1991 versenkte sie rund 200 Millionen Tonnen Minenabfälle in die benachbarten Fischgründe

an der Küste der Calancan Bay, wodurch ein 500 Meter breiter, fünf Kilometer weit ins Meer reichender Damm entstand, und die Lebensgrundlage hiesiger vom Fischfang lebender Gemeinden zerstört wurde. Bei Untersuchungen von *United States Geological Survey*, des philippinischen Gesundheitsministeriums und des Bergbaubeauftragten von Oxfam Australien wurden sowohl im Blut von Kindern als auch in der örtlichen Umwelt sehr hohe Konzentrationen von Blei und anderen Metallen gefunden. Einige Kinder sind bereits an Metallvergiftungen gestorben. Placer Dome, eine internationale kanadische Bergbaugesellschaft, war mit einer Beteiligung von 39,99 Prozent (der Obergrenze für ausländische Firmen) der größte Einzelinvestor der Marcopper Mine.

Keine Verantwortung

Die Firma übernimmt jedoch keine Verantwortung für die Zerstörungen in Calancan Bay und anderen Gebieten, die seit 1969 verschmutzt wurden. Neben dem Hinweis, dass sie nicht die ausführende Firma war, führt sie an, dass die Mine legal betrieben wurde. »Unter-

seische Abraumentsorgung war zu jener Zeit eine landläufige und gebilligte Praxis in diesem Teil der Welt«, sagte ein Sprecher. Auf die Frage, ob Placer Dome Nachforschungen nach Berichten über den Schaden angestellt habe, sagte Keith Ferguson, Generaldirektor für Sicherheit und Nachhaltigkeit, gegenüber Christian Aid: »Ich habe keine Studien gesehen, keine Beweise, nichts.« Es gibt viele frei verfügbare Berichte über den heutigen erschreckenden Zustand der Calancan Bay.

Wir haben im Laufe der letzten acht Jahre vom Bergbau geprägte Gemeinden von Luzon bis Mindanao und von Cebu bis Palawan besucht. Was wir entdeckten war, dass während viele Firmen ihren Einsatz für hohe Umweltstandards und gute Beziehungen mit den Gastgemeinden betonen, die Gemeinden selbst von wiederholten Verletzungen sowohl von Umweltstandards als auch von Menschenrechten durch die Firmen und ihre Angestellten berichten. Angesichts der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit fürchten die Einheimischen um die Zukunft: Sie äußern öffentlich ihr mangelndes Vertrauen, dass entweder die Bergbauunternehmen oder die Regierung genü-

Stehen in Konkurrenz mit TVI Pacific: Selbstständige Bergarbeiter in Canatuan, Mindanao. Foto: M. Grabowski

gend tun werden, um sie vor den schlimmsten Auswirkungen des Bergbaus zu schützen.

TVI aus Kanada

Aus- und inländische Investitionen in den Bergbau wurden von einer Reihe von Regierungen mit Unterstützung einflussreicher internationaler Organisationen wie der Weltbank gefördert. Die philippinische Regierung verfolgt jedoch eine Politik, die einigen ihrer ärmsten Staatsbürger schadet. Jenseits bloßer wirtschaftlicher Maßnahmen untersucht dieser Bericht umfassender die ökologischen und sozialen Kosten und Nutzen des Bergbaus.

TVI Pacific versucht in Canatuan, Siocon auf Mindanao, Gold abzubauen. Hier ist zu untersuchen, ob die Verfügungsrechte der einheimischen Subanon über ihr Land um des ausländischen Kapitals willen geopfert wurden. Einheimische, die auf sauberes und ausreichendes Wasser für Landwirtschaft und Fischerei angewiesen sind, befürchten ihren wirtschaftlichen Ruin durch die Verunreinigungen von der Mine. Das Gebiet wurde schwer militarisiert da TVI seine Investitionen durch paramilitärische Kräfte zu schützen versucht.

Staatsregierungen, einschließlich die der Philippinen, erlassen weiterhin Gesetze, die große Firmen zum Nachteil der einfachen Leute bevorzugen. Wir rufen statt dessen auf zu einer nachhaltigeren Form der Entwicklung, die mit den Wünschen der örtlichen Gemeinschaften in Einklang steht. Wir kritisieren gleichermaßen einflussreiche Kreditgeber wie die Weltbank, die Reformen zur Expansion der Bergbauindustrie befürworten. Der Ende 2003 veröffentlichte Rohstoffindustriebericht (Extractive In-

dustries Review, EIR), von der Weltbank in Auftrag gegeben um ihre Statistiken in dem Sektor zu bewerten, gibt zu, dass Bergbauprojekte, einschließlich viele von der Bank finanzierte, die Armut eher verschärft haben, als sie zu reduzieren. Die Bank hat seine wesentlichen Empfehlungen zurückgewiesen.

Da der Nutzen für die nationale Wirtschaft so schwer zu erkennen bleibt, während negative Auswirkungen zumindest genauso wahrscheinlich anmuten wie positive, ist es unerlässlich, den Blick auf die regionalen Auswirkungen des Bergbaus zu richten. Hier ist die Situation eindeutig – Menschen, die auf den Philippinen in der Nähe von Minen leben, sind auf Grund von Umweltzerstörung, wirtschaftlicher Stagnation und Menschenrechtsbelangen zwangsläufig gefährdeter. Nur eine kleine Minderheit zieht Vorteil aus den wenigen vorhandenen Arbeitsplätzen und der gelegentlichen firmengeförderten Gemeindeaktion.

Wenn es einen Platz geben soll für den Bergbau auf den Philippinen, so muss er eingeraht sein von Menschenrechten und einer wirklich nachhaltigen Entwicklung.

Wenn wir jedoch ein System ändern wollen, in dem die langfristigen Kosten von der Umwelt und den Ärmsten der Armen getragen werden, ist ein starkes Gerüst von Richtlinien und vorbeugenden Gesetzen dringend vonnöten. Der EIR legt dar, dass zumindest die Bedingungen für Investitionen von vornherein klar sein müssen, wenn diese Investitionen die Ärmsten begünstigen sollen. Gesetzgebung zur Vergünstigung des Haftungsumfanges für Firmen mit Sitz in bedeutenden Bergbauzentren wie Großbritannien, Kanada und Australien ist bedenklich.

Internationales Recht?

Bergbauunternehmen, Geldgeber und internationale Institutionen müssen gezwungen werden, bestehendes internationales Recht zu befolgen und im Entstehen begriffene nationale und internationale Standards einzuhalten. Das Anrecht einheimischer Völker, über die Art der Entwicklung zu bestimmen, die auf ihrem Land stattfinden soll, einschließlich des Rechts, unzumutbare Entwicklungen abzulehnen, muss sowohl in der Praxis als auch im Gesetz geachtet werden.

Darüber hinaus sollten Nachforschungen über die zahlreichen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bergbaus angestellt werden. Gemeinden, die von einer Bergbaufirma geschädigt wurden, sollten ein Recht auf Wiedergutmachung haben. Ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beschwerden vor einer internationalen oder überregionalen Genehmigungsbehörde vorzubringen und ihren Prozess in den einheimischen Gerichten der Länder fortzusetzen, in denen die Bergbaufirmen ihren Sitz haben.

Der Artikel ist dem Report »Breaking Promises, Making Profits« entnommen. Dieser kann bei www.christian-aid.org.uk eingesehen werden.

Übersetzung: Michaela Unterbarnscheidt

Geoff Nettleton, Andy Whitmore und Jonathan Glennier sind Mitarbeiter von *Philippine Indigenous People's Links* (PIPlinks) in London.